

Die Vereinten Nationen haben im September 1999 eine Millenniums-Deklaration verabschiedet. Sie trägt den Titel „Wir, die Völker: Die Rolle der Vereinigten Nationen im 21. Jahrhundert“ und soll zur „gemeinsamen Verantwortung für die Zukunft der Welt“ aufrufen. Vor der größten Versammlung von Staatsoberhäuptern und Regierungschefs in der Geschichte der Menschheit macht Kofi Annan in New York darauf aufmerksam, dass Armut, Bevölkerungswachstum, Analphabetismus, Aids, Verstädterung, Waldsterben, Klimawandel, Nahrungsmittelengpässe und Wassernot für die Menschheit als Ganzes eine Bedrohung darstellen. Armut und Not seien auch künftig zusätzliche Ursachen zahlreicher bewaffneter Konflikte, die das Elend noch verschlimmern werden.

Nach den Vorstellungen des UN-Generalsekretärs sollen sich die Völker der UN verpflichten, bis zum Jahre 2015 die Zahl jener Menschen zu halbieren, die unter extremer Armut leiden. Das ist heute jeder sechste Mensch. Bis dahin sollen auch die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass jedes Kind eine Grundschulbildung erhalten kann. Dafür wären pro Jahr sieben Milliarden Dollar nötig. Schließlich soll die Wassernot bekämpft werden. Mehr als eine Milliarde Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, und mehr als die Hälfte der Menschheit lebt ohne ausreichende sanitäre Einrichtungen. Die Weltgemeinschaft sollte sich nach den Vorschlägen Annans vornehmen, in den nächsten

fünfzehn Jahren auch diese Zahlen zu halbieren. Der Kampf um Wasser werde im 21. Jahrhundert eine gefährliche Quelle kriegesischer Konflikte sein.

Die für das 21. Jahrhundert entworfene Tagesordnung der Vereinten Nationen macht klar, dass der Menschheit Stoff für ernste Konflikte nicht ausgeht. Die Weltreligionen kommen als Konfliktursachen in dieser Tagesordnung nicht vor. Dies ist interessant und verdient Aufmerksamkeit. Denn in der politischen und wissenschaftlichen Diskussion vor dem 11. September 2001 und erst recht danach spielt die These vom Kampf der Kulturen, die der amerikanische Politikwissenschaftler Samuel Huntington in den neunziger Jahren entwickelt hat, eine fast dominante Rolle.

An dieser seit Jahren mit polemischer Schärfe geführten weltweiten Debatte haben sich zahlreiche Wissenschaftler und Politiker beteiligt. Man kann sie – einem Vorschlag von Amitai Etzioni entsprechend – in zwei Gruppen einteilen.

Die erste Gruppe ist der Meinung, dass uns ein Urteil über eine andere Kultur und Religion nicht zustehe; die andere vertritt die These, alle Kulturen und Religionen hätten sich auf den Weg zu Menschenrechten und anderen globalen Wertmaßstäben gemacht. Die Diskussion um diese beiden Blickrichtungen hat inzwischen Fixpunkte eines interessanten interkulturellen Konsenses erkennen lassen. Die politikwissenschaftliche Theorie der internationalen Beziehungen hat sich mittlerweile längst von dem atlantizien-

trierten Weltbild gelöst und neigt zu einem Kulturrelativismus. Jede Gemeinschaft setze ihre eigenen Werte, ob im internationalen Verbund oder in transnationalen Verbindungen. Die Legitimität dieser Wertsetzung sei anderen Gemeinschaften gegenüber nicht begründungspflichtig. Doch haben die Vertreter dieser Position nie gezögert, Kinderarbeit, Verhaftung und Gefängnis ohne förmliches Gerichtsverfahren, Beschneidung von Mädchen, Prügelstrafe und Amputation als Strafen aus der Sicht eines liberalen und humanitären Gesellschaftsverständnisses abzulehnen.

### Kulturelle Konfliktlinien

Nach der Implosion des kommunistischen Systems betont Huntington den multipolaren und multikulturellen Charakter der internationalen Politik als hervorstechendes Kennzeichen des 21. Jahrhunderts und prophezeit dramatische Verschiebungen des Einflusses zwischen den Kulturkreisen. Der Westen verliere an Einfluss, während asiatische Kulturen ihre wirtschaftliche, militärische und politische Macht erweiterten. Er unterscheidet sehr große Kulturkreise: den indischen, japanischen, hinduistischen, islamischen, westlichen und lateinamerikanischen Kulturkreis. Er kommt zum Ergebnis, durch seine universalistischen Ansprüche gerate der Westen zunehmend in Konflikt mit anderen Kulturkreisen, am schwerwiegendsten mit dem Islam. Überleben könne der Westen nur dann, so sein Rat, indem „die Amerikaner ihre westliche Identität bekräftigen und die Westler sich damit abfinden, dass ihre Kultur einzigartig, aber nicht universal ist, und sich einigen, diese Kultur zu erneuern und vor der Herausforderung durch nichtwestliche Kulturen zu schützen“.

Zweifellos ist es Huntington mit seiner Kulturkampf-These gelungen, auf die grundsätzliche Bedeutung von Kultur

und Religion für die internationale Politik aufmerksam gemacht zu haben. So zum Beispiel hat sich die Februar-Ausgabe der Fachzeitschrift *Internationale Politik* im vergangenen Jahr mit dem Thema Religion und Politik auseinander gesetzt. Jeder der Beiträge diskutiert die Thesen Huntingtons. Das ist neu und erfreulich, weil die möglichen kulturellen Konfliktursachen im Zeitalter der Globalisierung und wachsender internationaler Verflechtung eine besondere Aufmerksamkeit beanspruchen können.

Huntingtons These hat eine Debatte über kulturelle Konfliktlinien zu Stande gebracht, die etwa Henry Kissinger in seinem Standardwerk *Diplomacy* von 1994 noch ignorierte. Allerdings sind gegenüber dem Kulturkreiskonzept Huntingtons, der sich hier auf Arnold Toynbee stützt, grundsätzliche Einwände zu erheben. Einerseits werden die Kulturkreise so zu monolithischen Blöcken zusammengezwängt, dass die inneren Differenzierungen ausgeblendet werden. Zum Beispiel sind die Differenzen und Kontraste innerhalb des Islam oft größer als zwischen dem Islam und dem Westen. Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes wird leichtsinnig eine neue Front aufgezogen, die alte Klischees bedient und dem Bedürfnis nach der Unterscheidung zwischen Freund und Feind Rechnung trägt. (Paul Kevenhörster, *Die politische Meinung* 370, September 2000)

Der Tübinger Philosoph Otfried Höffe macht darauf aufmerksam, dass sich die Gesellschaftsformen der Gegenwart kampfflos verbreiten, gewissermaßen durch Suggestion. Wo sich aber nur einzelne Religionen oder politische Ideologien ausweiteten, erreichten die Gemeinsamkeiten noch keineswegs den Rang einer Zivilisation. Die international herrschende Zivilisationsform sei vielmehr gegen Glaubens- und Heilsfragen indifferent, „multireligiös verträglich“ und deswegen auch globalisierungsfähig

und globalisierungsberechtigt. Die globale Zivilisationsform erlaubt ein hohes Maß an Eigenständigkeit von Teilgesellschaften, Kulturen und Religionen und damit eine Vielfalt gesellschaftlich-kultureller Differenzen und Kontraste.

Huntingtons Kulturkampf-These muss sich auch entgegenhalten lassen, dass die Zahl der Kriege innerhalb seiner Kulturkreise zu groß ist und die Zahl militärischer Allianzen von Akteuren einander fremder Kulturkreise, als dass ein neuer Blockbildungsprozess überzeugend behauptet werden kann (Paul Kevenhörter).

### Renaissance der Religionen

Hinzu kommt ein Einwand, der aus der Beobachtung einer politischen Renaissance der Religionen resultiert. Dieser Bedeutungszuwachs der Religionen ist in allen Teilen der Welt zu beobachten, nur in Europa nicht. Huntington spricht in diesem Zusammenhang von einer Resäkularisierung der nationalen Identität. Die Renaissance der Religionen hat in der Tat die Grundlage geschaffen für stärkere Empathien mit über nationale Grenzen hinweg existierenden religiösen Gemeinschaften. Aber dass säkulare Identität durch religiöse Identität ersetzt würde, das lässt sich noch nicht behaupten, und es spricht auch nichts dafür, dass eine solche Behauptung in absehbarer Zukunft konsensfähig würde. Denn allzu oft werden religiöse Auseinandersetzungen zu politischen Konflikten, indem die politische Führung religiöse Bindungen für ihre politischen Zwecke instrumentalisiert. Oft liegt die Dritte Welt mit sich selbst im Krieg.

Eine neue Weltordnung entsteht jedenfalls nicht entlang kultureller und religiöser Konfliktlinien, sondern zu beobachten ist eine Tendenz zunehmender Fragmentarisierung und Regionalisierung bei stärker werdenden Tendenzen wirtschaftlicher und kommunikations-

technologischer Globalisierung. Niemand hat das schärfer und radikaler in den Blick genommen als der amerikanische Soziologe Benjamin R. Barber, der den paradoxen Zusammenhang zwischen Globalisierung und Fundamentalismus aufzeigt.

### Globalisierung und Terrorismus

Er behauptet, dass der weltweite „Turbokapitalismus“ und der ebenso weltweit agierende Fundamentalismus der Demokratie und der Freiheit den Boden unter den Füßen wegzögen, indem sie gemeinsam die Entstehung einer von ihm kommunitaristisch verstandenen Zivilgesellschaft verhinderten. Ich vermag weder den Barber'schen Pessimismus zu teilen noch kann ich mir die Huntington'sche Prognose des Zusammenpralls der Kulturen zu Eigen machen.

Die terroristischen Selbstmordattentäter von New York und Washington scheinen die Thesen Huntingtons zu bestätigen. Terrorismus und ähnliche Phänomene gewaltbereiter Intoleranz hat es in der Geschichte der Menschheit immer wieder gegeben. Sie nehmen religiöse Überzeugungen zum Vorwand für ihre mörderischen und selbstmörderischen Aktivitäten. Dass die Selbstmordattentäter Muslime waren, darf uns nicht dazu verführen, dem Islam eine besondere Affinität zum Terrorismus zu unterstellen. Von den geistlichen Autoritäten des Islam ist der Terrorismus um Usama bin Laden und sein Netzwerk El Kaida verurteilt worden. Deshalb ist es klug und notwendig, wenn die Amerikaner und auch ihre Verbündeten deutlich machen, dass die militärischen Aktionen nicht dem Islam, nicht den Muslimen, nicht den Afghanen gelten, sondern den Terroristen und jenen, die ihn ermöglichen. Der Globalisierung des Terrorismus und der Privatisierung des Krieges hat die NATO den Kampf angesagt. Es wird ein langwieriger Kampf werden, ein Kampf, der

viele Opfer fordern wird. Es ist aber der Kampf, der sich deshalb lohnt, weil er das Grundrecht auf Leben, auf Meinungs- und Religionsfreiheit weltweit durchsetzen wird.

Relevant für das Verhältnis von Politik und Religion in diesem Jahrhundert erscheinen die Beobachtungen aus vielen Teilen der Welt, die zwei Wiedergeburten konstatieren: die schon erwähnte Renaissance der Religion und die Kräftigung und gleichzeitige Modifizierung des Nationalstaates. Beides sind Institutionen, denen Denker des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts oftmals ein baldiges Ende vorausgesagt haben.

### Bewältigung der Kontingenzen

Herrmann Lübke und Odo Marquard haben in ihren Arbeiten deutlich gemacht, dass der technologische Fortschritt unsere Wirklichkeit immer beherrschbarer macht. Doch gerade dadurch wird immer klarer, dass wir Menschen nie alles beherrschen werden.

Unverfügbar bleiben die Kontingenzen, also Geburt, Tod und andere Schicksalsschläge. Darum braucht gerade die moderne Expansion der Wirklichkeitsbeherrschung die „Kontingenzenbewältigungspraxis“ der Religion. Sie stirbt durch die erfolgreiche Aufklärung und durch den daraus gespeisten technologischen Fortschritt nicht nur nicht ab, sondern ganz im Gegenteil: Je aufgeklärter die moderne Welt wird, desto unentbehrlicher wird die Religion.

Auch die Unentbehrlichkeit des Nationalstaates scheint in den letzten Jahrzehnten eher gewachsen zu sein. In den vierziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts hatten die Vereinten Nationen zum Beispiel weniger als fünfzig Mitglieder. Heute sind es mehr als 180. Allein nach dem Zerfall der kommunistischen Strukturen kamen in den letzten Jahren dreißig hinzu. Dies macht deutlich, dass auch die Menschen des 21. Jahrhunderts auf ethni-

sche Differenzen setzen. Wir haben offensichtlich große Mühe, uns mit der ganzen Menschheit zu identifizieren. Vermutlich ist es eine anthropologische Grundkonstante, dass wir kulturelle Nischen brauchen, in denen wir unseren eigenen Traditionen begegnen, sie fortentwickeln, um uns so heimisch zu fühlen. Die Kräftigung des Nationalstaates ist von seiner Modifikation begleitet. Damit ist einerseits die unübersehbare Tatsache gemeint, dass das nationalstaatliche Streben nach möglichst weitgehender Autarkie abgelöst wird durch transnationale Zusammenarbeit. Immer mehr Staaten finden sich zu Staatengemeinschaften zusammen, ohne dass sie in allen Fällen Souveränitätsrechte aufgeben.

Die Zahl von Regierungsorganisationen von kontinentaler oder globaler Reichweite beträgt mittlerweile bereits annähernd 4000. Hinzu kommen 20 000 internationale Organisationen privaten Rechts wie die weltweit operierenden Verbände und Unternehmen. Zu diesen Organisationen zählen das Rote Kreuz, Greenpeace und Amnesty International mit ihren höchst unterschiedlichen, aber weit in die Politik hineinreichenden Arbeitsweisen.

Andererseits haben sich auch die Grundlagen des Völkerrechts in den letzten Jahren dramatisch geändert. Zuletzt hat die militärische Aktion der NATO gegen Serbien gezeigt, dass die seit dem Westfälischen Frieden geltende Regel der unbegrenzten Souveränität des Nationalstaates nicht länger trägt. Die humanitäre Intervention bricht mit der Regel des Einmischverbotes, wenn ethnische Säuberungen und Völkermord drohen. Der Schutz der Menschenrechte ist ein internationales Anliegen geworden, aus den Rechten der Nationalstaaten werden Menschenrechte, die Priorität beanspruchen. Wer in Europa zum Beispiel in Menschenrechtsfällen beim Höchstgericht seines Landes unterliegt, kann sich

an den zuständigen Gerichtshof des Europarates in Straßbourg wenden. Die UNO hat in Den Haag ein Tribunal konstituiert, das über Kriegsverbrecher urteilt.

Genauso wenig wie es einen Weltstaat oder eine Weltregierung im 21. Jahrhundert geben wird, so wird es so schnell keine Weltreligion im globalen Singular geben und ebenso wenig eine Weltkultur, in der alle Kulturen und Kulturkreise wie in einem Schmelztiegel aufgehen würden. Die Vielfalt der Kulturen und ihre Eigentümlichkeiten werden uns auf unserem Globus erhalten bleiben. Sie beseitigen zu wollen ist eine akademische Illusion, die daher rührt, dass Wissenschaftler auf einer bestimmten Ebene jenseits aller kulturellen Unterschiede miteinander kommunizieren können. Zwar leben heute mehr Wissenschaftler, als je zuvor auf der Erde gelebt haben. Aber ihre Zahl fällt bei sechs Milliarden Menschen nicht ins Gewicht.

## Einheit und Vielfalt

Die Zukunftsfähigkeit des Nationalstaates ist in der politischen und politikwissenschaftlichen Diskussion oft debattiert worden. Allerdings ist der Begriff Nationalstaat besonders unscharf. Eine Nation ist zuvörderst eine kulturelle Einheit und für die Menschen eine Quelle der Identität. Der Staat hingegen ist eine politische Einheit und für die Menschen eine Quelle der Autorität. Es gibt keinen überzeugenden Grund dafür, dass diese beiden Einheiten identisch sein müssen. Und tatsächlich waren viele Staaten in der Vergangenheit multiethnische Staaten. Kulturelle Vielfalt und politische Einheit waren und sind keine *contradictio in adjecto*. Kulturelle Autonomie und politische Integration miteinander in Einklang zu bringen – darin ist eine der wichtigsten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu sehen. Zentralistisch verfassten Nationalstaaten fällt dieses sehr viel schwerer

als föderalistisch organisierten Ländern, deren staatliche Strukturen kulturelle Konkurrenzen zulassen.

Auch eine Staatengemeinschaft wie die Europäische Union versucht die Balance zu halten zwischen Einheit und Vielfalt. Einheit ohne Vielfalt ist Diktatur, sagt Blaise Pascal, und Vielfalt ohne Einheit ist Anarchie. Die Europäische Union versteht sich weder als Staatenbund noch als Bundesstaat, sondern als Staatengemeinschaft mit vergleichbaren Grundwertevorstellungen. Auch wenn die Europäische Union bundesstaatliche und staatenbundliche Elemente aufweist, ist sie eine Föderation *sui generis*, ohne historisches Vorbild und deshalb auch ohne historische Belastung. Sie erlaubt es ihren Bürgern, lokale Verankerung, regionales Bewusstsein, Nationalgefühl und europäische Identität miteinander zu verschmelzen.

Die Europäische Union ist übrigens für Huntington als ein theoretisches Konzept mit praktikablen institutionellen Regeln das wichtigste Beispiel für gelungene Konfliktlösungen.

Er empfiehlt dieses Modell, das er missverständlicherweise eine Konföderationslösung nennt, auch zur Lösung der Minderheits-Mehrheits-Konflikte um Tibet, Taiwan, Tschetschenien, Kaschmir, Kurdistan und Kosovo. (Vergleiche *Die politische Meinung* 363, Februar 2000.) Allerdings zeige die Geschichte, dass der Erfolg solcher Konföderationen von drei Faktoren abhängt: „Erstens muss die Minderheit die Unabhängigkeit als derzeit angestrebtes Ziel aufgeben und sich als Gegenleistung für eine weitgehende kulturelle Autonomie damit einverstanden erklären, Teil des derzeitigen Staates zu bleiben. Zweitens muss der Staat das Recht der Minderheit anerkennen, sich friedlich abzuspalten, wenn sich eine deutliche Mehrheit der zu ihr gehörenden Menschen in einer Abstimmung dafür entscheidet. Drittens müssen die Verein-



barungen, in denen diese Grundsätze enthalten sind, ausgehandelt werden, bevor die gemäßigte Führung der Minderheit von Extremisten abgelöst wird, die sich einem gewaltsamen Erreichen der Unabhängigkeit verschrieben haben.“ Diese Vorschläge Huntingtons sind beachtenswerte Ideen, die in den Zeiten zunehmender Globalisierung helfen könnten, kulturelle, religiöse und ethnische Konflikte gewaltfrei zu halten.

Vor allem die kommunikative Dimension der Globalisierung wird die Angehörigen aller Kulturen mit neuen, exotisch erscheinenden, fremden Lebensweisen konfrontieren. Dem Dialog der Kulturen wird in diesem Jahrhundert eine größere Bedeutung zukommen als im letzten Jahrhundert. Daraus können und müssen kreative, synergetische Wirkungen freigesetzt werden, um der gemeinsamen Verantwortung für die Zukunft der Menschheit besser nachkommen zu können als bisher. Kultureller Pluralismus ist keine Absage an eine breit gefasste Struktur einer globalen Zivilisation, für die die Vereinten Nationen stehen könnten. Dazu können die Weltreligionen bedeutende Beiträge leisten. Ihre gemeinsame Grundbotschaft ist die Suche nach Frieden und Gerechtigkeit. Beides ist nicht zu erreichen ohne Toleranz. Die Toleranz ist eine unverzichtbare Tugend, die man als Methode zur Vermeidung von gewaltsamen Auseinandersetzungen verstehen sollte.

### Forderung nach Toleranz

Fremdenfeindliche und rechtsextremistische Vorkommnisse in den letzten Jahren haben der Forderung nach Toleranz Hochkonjunktur verschafft. Zwar weiß jeder, dass diese Forderung, auch wenn sich noch so viele Mitbürger mit ihr identifizieren, keine Garantie gegen die Wiederholung fremdenfeindlicher Vorfälle anzubieten vermag. Aber ein öffentliches Klima der Toleranz ist eine zwingende

Voraussetzung dafür, dass Staat und Gesellschaft mit den extremistischen Ausfällen fertig werden. Je eindeutiger das Verlangen nach Toleranz aktiviert wird, desto stärker fühlen sich diejenigen an den Pranger der Öffentlichkeit gestellt, die das Toleranzgebot verletzen.

Toleranz leitet sich bekanntlich vom lateinischen „tolerare“ ab und bezeichnet die Fähigkeit des Duldens und Ertragens von abweichenden Auffassungen und Lebensweisen. Toleranz heißt auch das Hinnehmen von Beeinträchtigungen, die sich im Zusammenleben von Menschen dann ergeben, wenn unterschiedliche Überzeugungen aufeinander stoßen. Das Wort „Toleranz“ hat im siebzehnten Jahrhundert Eingang in den deutschen Wortschatz gefunden und bezeichnete das gewaltfreie Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Religionen. Längst steht nicht mehr die Religion im Vordergrund der Toleranz-Debatte, ihr zentraler Brennpunkt ist die Kultur geworden. Abweichende Lebensformen und Werthaltungen, aber auch unterschiedliche Hautfarben und Sitten bis hin zu individuellen Eigenarten und Eigenwilligkeiten lassen in jeder freiheitlichen Gesellschaft Toleranzbedarf erkennen.

Auch das Subjekt, von dem Toleranz eingefordert wird, ist heute nicht mehr in erster Linie Staat und Regierung, jedenfalls nicht in freiheitlichen Demokratien, sondern die Gesellschaft und ihre Mitglieder. Die Forderung nach Toleranz ist so anonym geworden, unspezifischer. Sie richtet sich gegen jedermann, gegen jede Gruppe, gegen Mehrheiten und Minderheiten. Sie zielt darauf ab, Denk- und Urteilsgewohnheiten zu verändern, um kulturell aufgeladene Konflikte nicht in Gewalt explodieren zu lassen.

Und auch die Form der Toleranzausübung hat sich verändert. Nachdem Gesetz- und Rechtsbestimmungen dem Gebot formaler Toleranz weitgehend entsprechen, wird nun das breite Spektrum

der Einstellungen und Verhaltensweisen der Einzelnen wie aller Gruppen in der Gesellschaft mit der Forderung nach Toleranz konfrontiert. Das Grundgesetz und die Verfassung der Bundesländer bekennen sich zu vorstaatlichen Rechten des Einzelnen, die wie die Freiheit des religiösen Bekenntnisses, die Gewissens- und Meinungsfreiheit zu jenem Katalog der Grundrechte gehören, der dem Zugriff der staatlichen Gewalt und wechselnder Mehrheiten entzogen ist. Das ist übrigens der Grund dafür, dass das Grundgesetz ohne die Vokabel Toleranz auskommt. Unsere Verfassung atmet insgesamt den Geist der Toleranz, der den Zweck verfolgt, gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen Bekenntnissen, Überzeugungen und Lebensauffassungen zu vermeiden. Toleranz wird so zu einer Tugend der Gewaltverhinderung.

Schließlich hat sich im Zeitalter der Globalisierung auch die Toleranzpraxis enorm ausgeweitet. Weltweiter Handel, internationaler Tourismus, Migration und vor allem die globalen Kommunikationsmöglichkeiten konfrontieren immer mehr Menschen in immer mehr Ländern mit den Traditionen und Geschehnissen anderer Kulturkreise.

Hier entsteht ein zusätzlicher Toleranzbedarf, um aus diesen Konfrontationen keine Gewaltanwendung entstehen zu lassen. So wird das Prinzip der Toleranz als eine Haltung, Anderes hinzunehmen, Fremdes zu achten, neu herausgefordert.

Wir sollten und wir müssen uns dabei klarmachen, dass Toleranz ein Janusgesicht besitzt, eine zweifache, antagonistische Dimension aufweist. Einerseits will Toleranz als transstrukturelles Prinzip verstanden werden, das aufgrund der Vernunftbefähigung des Menschen und im Blick auf die auch so legitimierte Menschenrechte einen universalistischen Anspruch erhebt. Andererseits ist Tole-

ranz abhängig von der Fähigkeit und Bereitschaft, die eigenen Wertvorstellungen zu relativieren. Universalismus und Relativismus des Toleranzbegriffes bedingen einander und begrenzen die jeweilige Reichweite dieser unterschiedlichen Dimensionen. Denn „kein Mensch kann oder muss aus tiefstem Herzen und immer sagen, dass der andere womöglich genau so Recht hat wie er selbst; es reicht praktisch aus, wenn er meint, der andere habe ein gleiches Recht, seine Auffassung ohne Gewaltanwendung geltend zu machen“, meint Panajotis Kondylis. Er will damit verdeutlichen, dass sich Toleranz gesellschaftlich nicht deshalb durchsetzt, weil die Menschen den Relativitätsgrundsatz verinnerlichen und entsprechend handeln. Vielmehr gelingt Toleranz, weil sie zum herrschenden Prinzip, zur sozial sanktionierten Haltung wird.

## Rückhalt des Universalismus

Die liberale Demokratie benötigt gleichwohl den Rückhalt des Universalismus, wie er sich in der Universalität der Menschenrechte ausdrückt. Denn sie kann sich auf die zweideutige innere Logik des Relativismus nicht ganz verlassen, so sehr sie ihn auch gewähren lassen muss. Wo der Relativismus – so Kondylis – zu weit zu gehen scheint, wird sofort die Bremse der absolut unanfechtbaren Prinzipien gezogen, etwa der Menschenwürde oder der Toleranz selbst. Universalismus und Relativismus, getrennt betrachtet, können also logisch und sozial das nicht leisten, was sie in Aussicht stellen. Ihre komplementäre Wirkung setzt das materielle Funktionieren der liberalen Demokratie in pluralistischen Gesellschaften voraus und nicht umgekehrt. Sollten die grundlegenden Voraussetzungen zunehmend an Verbindlichkeit verlieren, so würde kein Universalismus und kein Relativismus für Konsens und Toleranz sorgen können.

Die Idee der Toleranz bezieht ihre unverwüstliche Kraft aus der ihr innewohnenden Hoffnung, die Vernunft gestatte es Menschen, die zusammenleben müssen, auch wenn ihre Ansichten über das Leben vollständig auseinander fallen, dies ohne gewalttätige Konflikte zu tun. Diese demokratischen Prinzipien Freiheit und Solidarität schaffen eine Gesellschaft der Freiheit, die nicht konfliktfrei sein kann, in der sich jedoch die Freude an der Pluralität mit der Pflicht zur Toleranz paart.

Roman Herzog hat als Bundespräsident daran erinnert: „Toleranz heißt nicht Standpunktlosigkeit. Man kann auf Dauer nicht miteinander leben, wenn man nichts voneinander weiß und nicht miteinander redet.“ Und er fährt fort: „Ohne gegenseitiges Wissen gibt es kein gegenseitiges Verständnis, ohne Verständnis gibt es keinen gegenseitigen Respekt und kein Vertrauen, und ohne Vertrauen gibt es keinen Frieden, sondern wirklich nur die Gefahr des Zusammenpralls.“ Unser kleiner Kontinent Europa hat eine vieltausendjährige Erfahrung aufzuweisen mit einer unendlichen Vielzahl von Religionen, Kulturen, Sprachen, Staaten, Völkern. Diese Mannigfaltigkeit bewirkt den Charme unseres Kontinentes, den es gegenüber egalisierenden Tendenzen zu verteidigen gilt.

Die Befürchtungen der Skeptiker in Europa – so meinte 1978 bei der Verleihung des Karlspreises der damalige griechische Ministerpräsident Konstantin Karamanlis – „sind auf eine Konfusion zurückzuführen. Von den oberflächlichen Unterschieden (der Kulturen) verleitet, sehen sie nicht die tiefere Einheitlichkeit. Sie vergessen unsere gemeinsame kulturelle Tradition, die Verwandtschaft unserer Sitten und die Identität unserer Denkweise.

Mit anderen Worten: Sie vergessen die europäische Kultur, die in der Synthese des griechischen, des römischen und des christlichen Geistes besteht. Zu dieser Synthese hat der griechische Geist die Idee der Freiheit, der Wahrheit und der Schönheit beigetragen, der römische Geist die Idee des Staates und des Rechtes, und das Christentum den Glauben und die Liebe.“

Am Beginn des 21. Jahrhunderts kann und muss man dieses gesamteuropäische Erbe noch ergänzen durch die Kraft der Vernunft, auf die wir alle setzen, und durch den Mut zur Toleranz, der im 21. Jahrhundert stärker als zuvor zum Überlebensmittel der kulturellen und religiösen Vielfalt wird. Könnte dies nicht als ein spezifisch europäischer Beitrag zur Verminderung von gewaltsamen Konflikten den Weg der Globalisierung antreten?

### Kraft der religiösen Sprache

*„Die Suche nach Gründen [in ethischen Debatten], die auf allgemeine Akzeptabilität abzielen, würde nur dann nicht zu einem unfairen Ausschluss der Religion aus der Öffentlichkeit führen und die säkulare Gesellschaft nur dann nicht von wichtigen Ressourcen der Sinnstiftung abschneiden, wenn sich auch die säkulare Seite ein Gefühl für die Artikulationskraft religiöser Sprachen bewahrte. Die Grenze zwischen säkularen und religiösen Gründen ist ohnehin fließend. Deshalb sollte die Festlegung dieser umstrittenen Grenze als eine kooperative Aufgabe verstanden werden, die von beiden Seiten fordert, auch die Perspektive der jeweils anderen einzunehmen.“*

Jürgen Habermas, Dankesrede „Glauben und Wissen“ zum Friedenspreis 2001